



144/2015

Kiel, 16. Oktober 2015

Flüchtlingsbeauftragter entsetzt über mutmaßlichen Brandanschlag auf geplante Unterkunft für Asylsuchende in Flensburg

Kiel (SHL) – Der Flüchtlingsbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Stefan Schmidt, verurteilt den mutmaßlichen Brandanschlag auf die geplante Unterkunft für Asylsuchende heute in Flensburg. „Sollte sich bestätigen, dass das Feuer in dem Hochhaus in Flensburg auf einen Brandanschlag zurückzuführen ist, wäre das ein schreckliches Zeichen der Intoleranz“, sagte Schmidt heute in Kiel.

Es sei unerträglich, dass Menschen, die vor Bürgerkrieg, Mord und Totschlag fliehen, in Deutschland auf Brandstifter stoßen. „Dies geschieht bundesweit in zunehmendem Maße, eine schreckliche Entwicklung.“ Bei allem Verständnis für Bedenken gegen städtebauliche Maßnahmen, dürfe ein Protest gegen die Unterbringung von Menschen nicht dazu führen, selbst Hand anzulegen und Gebäude zu zerstören oder in Kauf zu nehmen, dass Menschen gefährdet werden.

„Eine stillschweigende oder gar offene Zustimmung zu dem Handeln der Brandstifter darf es in der Bevölkerung nicht geben“, so der Flüchtlingsbeauftragte. Da rechtsradikale und rassistisch motivierte Akteure sich vermehrt unter friedliche Protestierende mischten, sollten sich diejenigen, die gegen die Unterbringung von Flüchtlingen demonstrieren genau überlegen, mit wem sie zusammen arbeiteten und welche Parolen sie nutzten.

„Bitter wäre die Bestätigung eines der Anschlag auch deshalb, weil das herausragende ehrenamtliche Engagement der Flüchtlingsinitiativen in Flensburg ein so gutes Aushängeschild für die Grenzstadt ist“, sagte Schmidt.